

Palästina Kongress 2024 Wir klagen an!

قوة فلسطين
سنحاكمكم



Warum klagen wir Deutschlands Mitschuld an einem Genozid an?

Der Internationale Gerichtshof (IGH) entschied im Januar dieses Jahres, dass die von Südafrika eingebrachte Klage, die von 50 Staaten unterstützt wurde, einen plausiblen Fall des schwersten Völkermordverbrechens darstellt, das von Israel an den Palästinensern im Gazastreifen begangen wurde. Heute, am 8. April, beginnen die vorläufigen Anhörungen vor dem IGH in einem Fall, der ein Ende der deutschen Militärunterstützung für Israel anstrebt und die deutsche Mitschuld an einem laufenden Genozid anklagt. Die Völkermordkonvention verlangt von den Staaten, sicherzustellen, dass sie sich nicht mitschuldig machen. Nach internationalem Recht gilt jeglicher Transfer von Waffen oder Munition an Israel, die im Gazastreifen eingesetzt werden, als Verstoß gegen das Völkerrecht.

Deutschland leistet jedoch Israel weiterhin diplomatische, militärische und finanzielle Unterstützung. Deshalb werden wir während des Palästina-Kongresses (12.-14. April in Berlin) gemeinsam mit Stimmen der palästinensischen Bewegung und der internationalen Gemeinschaft Anklage gegen die israelische Apartheid, den Genozid und die deutsche Mitschuld erheben.

Die Palästinenser:innen erleiden einen Völkermord. Israel vernichtet Gaza und seine Bevölkerung. Ungefähr 70 Prozent der Getöteten sind Frauen und Kinder. Stand vom 29. März 2024: Seit Beginn des großen israelischen Militärangriffs auf Gaza im Oktober 2023 wurden 32.623 Palästinenser getötet. 1,9 Millionen Menschen wurden vertrieben, leiden an einer von Menschen verursachten Hungersnot, haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und Medizin. Infrastruktur, Krankenhäuser, Universitäten, Schulen, Verwaltungsgebäude und Wohnblocks wurden zerstört.

Wir fordern die internationale Gemeinschaft und die Bundesregierung auf, im Einklang mit den Beschlüssen des Internationalen Gerichtshofs zu handeln. Wir fordern die sofortige Einstellung jeglicher militärischer, diplomatischer und wirtschaftlicher Unterstützung Israels durch den deutschen Staat. Wir fordern die deutsche Regierung auf, ein umfassendes Militärembargo gegen Israel zu verhängen und sich aktiv für einen sofortigen Waffenstillstand und den Rückzug der israelischen Armee einzusetzen. **Stoppt den Genozid!**

Während Israel über eine bedeutende Rüstungsindustrie verfügt, ist es zur Durchführung seiner Pläne auch auf internationale Importe von Waffen und Waffensystemen angewiesen. Nach Angaben des Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstituts (SIPRI) war **Deutschland im Jahr 2023 der zweitgrößte Lieferant von "großen konventionellen Waffen" nach Israel** und für 47 % der Gesamtimporte Israels verantwortlich, direkt hinter den USA mit 53 %. Alleine im Jahr 2023 genehmigte die Ampel-Regierung Rüstungslieferungen im Wert von 326,5 Millionen Euro an Israel - **zehnmal so viel wie im Vorjahr**.

Wir sehen jedoch, dass Israels Vorgehen in Gaza abscheulich und nicht zu rechtfertigen ist. **Wenn man sich die Umfragewerte anschaut, möchte die Mehrheit der Menschen in Deutschland, dass Israel aufhört, Palästinenser:innen in Gaza zu töten und auszuhungern.** Es gibt keinen legitimen Grund für Waffenlieferungen an Israel. Die deutschen Waffenexporte sollten sofort gestoppt werden!

Doch die deutsche Regierung macht genau das Gegenteil: Sie hält im Völkermord gegen die Palästinenser:innen die Türen an die Waffenindustrie weit offen. Wie in der Recherche von Forensic gezeigt hat, hat die deutsche Regierung zwischen 2003 und 2023 insgesamt 4.427 einzelne Exportlizenzen für verschiedene militärische Ausrüstungen genehmigt, wovon **mehr als die Hälfte - Kriegswaffen** - waren. Im gleichen Zeitraum wurden nur 54 Exportlizenzen abgelehnt, was **einer Genehmigungsrate von 99,75 Prozent entspricht**. Davon profitieren Unternehmen wie GmbH, Rheinmetall AG, RENK Group AG, MTU Friedrichshafen GmbH, Mercedes-Benz Group AG, Krauss-Maffei Wegmann GmbH & Co. KG, Hensoldt AG, Heckler & Koch GmbH, Grob Aircraft SE, German Naval Yards Holdings GmbH, EuroSpike GmbH, Dynamit Nobel Defence GmbH, Diehl Defence GmbH & Co. KG, Daimler Truck Holding AG, Atlas Elektronik GmbH und AIM Infrarot-Module GmbH, einschließlich ThyssenKrupp Marine Systems. **Diese Unterstützung der sich an einem laufenden Völkermord bereichernden deutschen Waffenindustrie durch die Ampel-Regierung muss sofort unterbrochen werden!**

Wir unterstützen die in Berliner Anwälte (unterstützt vom Palestine Institute for Public Diplomacy, dem European Legal Support Centre und Law for Palestine), die im Auftrag von Palästinensern mit einem Eilantrag beim Berliner Verwaltungsgericht die Kriegswaffenexportgenehmigung nach Israel stoppen wollen. Das Urteil des Internationalen Gerichtshofs und die weltweite Bewegung in Solidarität mit Palästina haben langsame, aber sichtbare Auswirkungen auf die internationalen Waffenlieferungen an Israel. In den letzten Monaten haben unter anderem Belgien, die

Niederlande, Spanien und Kanada Schritte unternommen, um Militärexporte nach Israel entweder für bestimmte oder alle Waffen zu stoppen. **Auch der UN-Menschenrechtsrat hat angesichts der Lage im Gazastreifen einen Stopp der Waffenverkäufe an Israel gefordert. Die USA und Deutschland, die wichtigsten Waffenlieferanten Israels, haben die Resolution jedoch abgelehnt.**

Die bisherige Antwort der deutschen Regierung ist das blinde **Festhalten an der Politik der Staatsräson, was Deutschland international zunehmend isoliert.** Während Deutschland Israel weiterhin volle Unterstützung gewährt, obwohl der Internationale Gerichtshof die Lage im Gaza-Streifen als einen plausiblen Fall von Völkermord bezeichnet hat, versucht die Regierung die Protestbewegung dagegen unter massiven Druck zu setzen. **Wir werden nicht zulassen, dass die Stimmen für einen gerechten Frieden im Nahen Osten zum Schweigen gebracht werden. Wir werden weiterhin protestieren und uns dafür einsetzen, dass der Völkermord endet und dass Deutschland jegliche Mitverantwortung für die jahrzehntelange Unterdrückung des palästinensischen Volkes durch Israel beendet!**

Kontakt:

Palästina Kongress

Presse-Team

presse@palaestinakongress.de